



Paris, Washington und Dresden im Globalkrieg

Obamas Iran-Veto, Merkel über Islamisten, Korrektur zur Pegida geboten

Angesichts der blutigen Zwiste, die eben Europa ergreifen, überdenken nicht wenige die jüngsten Terroranschläge und die einmütige Abweisung der Islamisten durch nahezu vier Millionen Franzosen auf ihrer Pariser Demonstration vom 11. Januar (Foto). Der Denker Bernard-Henri Lévy nannte diese synchronisierten Morde der „[Charlie Hebdo](#)“ Aktionen den „Churchill-Moment in Frankreichs Fünfter Republik“. Winston S. [Churchill](#) hatte als Kriegspremier ab Mai [1940](#) voll das Ruder vom Zurückweichen zum Kampf gegen den totalitären Nationalsozialismus herumgerissen. Laut Lévy mögen die Rechtgläubigen im Islam sehr oft, sehr laut und in großer Zahl die korrupte Art der Theokratie zurückweisen. Islam müsse sich vom Radikalislam befreien. Klingt gut, das wird aber sehr lange dauern.



Foto: Fabrice Virgili

Sonntag, den 11. Januar 2015, Solidaritätsdemo auf dem Pariser Place de la République für 17 Opfer des Terroranschlags gegen Charlie Hebdo, Monument à la République, 1883 Wahlspruch: Liberté, Égalité, Fraternité

In Islamräumen fehlt viel in der Basis: freier Meinungsstreit, kritisches Grundwissen und säkulare Kreativität. All das florierte dort einmal, bis es ab 11. Jahrhundert erstarb. Dann, sieben Jahrhunderte später, kam eine Ära sozialer Experimente. Auf den Schlachtfeldern unterlagen die Osmanen immer mehr den Europäern. Jedoch Europa, ihr Vorbild, stürzte sich selbst in einen fünfjährigen Krieg. Nicht nur das. Es riss alle Welt in den Strudel der Massenvernichtung hinein. Der in Mittelost koloniallose Kaiser [Wilhelm](#) alliierte sich mit dem Osmanenkalif in der Wahnidee, seine europäischen Rivalen durch die [Jihadisierung](#) des Islam in deren Kolonien zu schlagen. Nach dem Sieg der Mittelmächte um Berlin und Wien sollten ihnen der Islambund - die Vereinigten Islamischen Staaten - Märkte öffnen. Berlin und Istanbul benutzten den Ungeist der [Jihadrevolten](#). Er hielt danach nie mehr an.

Iran-Veto

Erben im [Globalkrieg](#), die Ideologie des [Islamismus](#), Jihadis in Europa, im „[Kalifat Syro-irakistan](#)“, in Mittelafrrika von Tschad über Nigeria nach Kamerun, bald im „[Kalifat Boko Haram](#)“, in Islamistenenklaven von Mauretania über Algerien bis Libyen oder zwischen Afghanistan, Pakistan und Indien, in al-Qaidas Ländern wie Somalia und Jemen, in [China](#) und im Kaukasus, in Arabien und Sinai sowie unter Israels Nachbarn, und nun in Europa, die daraus folgenden Dramen gehen auf die zivilisatorische Neukollision ab [1914](#) zurück.

Niemand wird sich zurechtfinden, der nicht studiert hat, was seit zwei Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg, darin und danach lief. Daher ist es gut, sich genau auszudrücken. Lévy müsste es so sagen: Muslime sollten ihre Islamisten, darunter Jihadisten, deradikalisieren. Wie Osteuropäer, darunter Kommunisten, sich nach ihrer Selbstüberprüfung der liberalen Demokratie zuwandten. Massenhaft, vor und nach 1990. Ihnen standen Amerikaner und Westeuropäer bei. Nach deren Sieg über Faschismus und Nationalsozialismus wussten sie genauer, wie der Kommunismus ideologisch und materiell zu schlagen war; was wohl aufkommen würde, wenn sie diesen 70jährigen Globalkrieg verlieren würden: Tyrannei.

Heute fehlen westliche Führer mit klarer Vision und solidem Sachwissen. Ihr möglicher Beistand für die Muslime gegen deren Islamisten gerät chaotisch. Präsident [Obama](#) zeigte nach sechs Jahren Krieg in Mittelost seine extrem mangelnde Lernfähigkeit. Er hat keine klare Doppelstrategie gegen den [Terror](#) und für den [Antiislamismus](#). Er weigert sich, diese Ideologie zu entwickeln. Mitglieder seiner Administration tilgten „islamisch“ aus all ihren Kerntexten und üben sich wie sein Sprecher Josh Earnest in nebulöser [Verbalakrobatik](#): es gehe nicht um islamischen, sondern gewaltsamen Extremismus durch Individuen, die ihre bösen Tat im Namen einer verdrehten Ideologie ausüben. Er darf ihr keinen Namen geben.

Natürlich stößt der Präsident auf harsche Kritik des nun mehrheitlich durch [Republikaner](#) besetzten Kongresses. Er drohte ihnen am 16. Januar sein Veto gegen neue Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran an. Dies könne zum Abbruch der Verhandlungen führen. Barack H. Obamas [These](#) mag aus der Politik weit jenseits des engeren Tatbestandes folgen. Denn es ist durchaus unlogisch, nicht jemanden in die Rüstkammer gehen und alle Waffen schärfen zu lassen, ansonsten könnten bestimmte Gespräche abgebrochen werden. Im Gegenteil hat jeder Teilnehmer die Pflicht, sich auf die [Eventualfälle](#) vorzubereiten. Das Teheraner Regime, das nie offiziell seine Staatspolitik aufgab, Islamistenrevolten zu exportieren, betreibt dies bereits lange. Vielmehr entsteht der Eindruck, der Präsident traue den Mullahs mehr als seinen Abgeordneten. Vielleicht sieht er sich auch schon als Friedensheld, der einen Krieg abwendete und mehr noch auf dieser Grundlage einen Sieg der Demokraten in den Präsidentschaftswahlen 2016 herbeiführt. Oder, sollten die Verhandlungen entgleisen, kann er behaupten, die unregierbaren Republikaner gewarnt zu haben und ihnen die Schuld geben.

Was auch immer zutreffen mag, Obama übersieht, dass er es mit Islamisten zu tun hat, die hart nach [Nukes](#) greifen. Er krepelt nicht expansiven Charakter des Regimes um. Was zwischen Libanon, Syrien, Irak und Jemen nun an Konflikten aufflammt, ist eine [Teheraner](#) Entwicklung. Wenn die dortigen Herrscher plötzlich Frieden wollten, so könnten sie ihre Verhandlungspartner rasch umstimmen. Doch gibt Obama den Gesprächen selbst nur 50 Prozent Erfolgchancen. Warum sich David [Cameron](#) nach so vielen Misserfolgen mit Iran hinter Obama stellt, mag im Lichte der anstehenden Wahlen im Mai erklärt werden. Rasch könnte er sich als Verlierer wiederfinden, und dies nicht nur beim Platzen jener Gespräche.

Allkanzlerin

Wozu wählen Bürger Politiker, wenn nicht dafür, drängende Probleme zu lösen und dazu Visionen zu entfalten? Dafür verdienen diese viel, lenken Stiftungen mit Forschern, deren Kollegen an Akademien und in Vereinen meist staatlich besoldet sind. Konkurrenzlos, da Privateinrichtungen rar sind. Um dann am 16. Januar von der Kanzlerin zu hören: „Wir wissen zu wenig über den Islam“. Den fürchten Deutsche oft nicht, sondern Islamismus. Ersteres ist die Religion, letzteres eine daraus abgeleitete Mischideologie, die Muslime von Islamisten trennt. Dies müssen, auch nach der Mahnwache am Brandenburger Tor vom 13. Januar, [Muslimverbände](#) dartun. Angela [Merkel](#) sprach dies im Interview an: Islamismus finde statt, wo unter Berufung auf die Religion Gewalt angewendet oder dazu aufgerufen werde, um andere zu unterwerfen. Nicht zu rechtfertigen sei es, im Namen einer Religion Gewalt anzuwenden. Sie hat auch recht: die übergroße Mehrheit der Muslime daheim sei vor dem Generalverdacht zu schützen; aber Gewalt im Namen des Islams zu bekämpfen.

Wenigstens gibt Angela Merkel dieses Wissensmanko zu. Aber erst nach Jahren der noch mangelnden Integration. Problematisch wird ihr „Kurs der Wählerbeschimpfung“. In dem Lichte müssten jetzt Angela Merkel und Präsident Joachim Gauck dafür sorgen, dass ihre Nachfolger direkt gewählt werden könnten. Vielleicht hören die dann auf, einen Volksteil Chaoten oder Rassisten zu nennen. Sie sollten mit [Pegida](#) sprechen, die nicht „Antiislam“, sondern „Antiislamismus“ sind. Punkte in deren [Positionspapier](#) entbehren weder Vernunft noch Logik. Versagen Präsident und Kanzlerin, könnten sie ungewünschte Extreme groß machen, die sie womöglich hinwegfegen. Will Merkel Allkanzlerin sein, muss sie sich mit Pegida treffen. Unbestreitbare Fragen aus der Zuwanderung sind europäische, siehe Paris.

Die Kanzlerin könnte dem Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen folgen. Er meinte am Montag, den 12. Januar über Pegida, diese würde nicht beobachtet. Zwar versuche die rechtsextremistische Szene, Anschluss an die politische Mitte bei Themen zu finden, die viele Menschen bewegen. Rechtsextremisten marschierten mitunter in Dresden mit. Doch hätte er dort nicht feststellen können, dass es über eine verschwindende Minorität hinaus mehr Rechtsextreme gebe oder dass diese daselbst etwa die Pegida-Organisation steuerten.

Laut [Merkel](#) sind Muslime ein Teil Deutschlands, und der Glaube, der ihnen wichtig ist, auch. „Sie sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, sie fühlen sich Deutschland verpflichtet und bringen sich mit ihrer Kraft hier ein. Wir erwarten, dass sie die deutsche Sprache sprechen, wir erwarten, dass sie sich zu unserer Rechtsordnung bekennen, und sie dürfen von uns erwarten, dass wir sie dann auch als zu uns gehörig annehmen.“ Einer der besten Erfahrungen meiner deutschen Rundreise bildeten junge Deutschen der zweiten Immigrantengeneration, die prima die Sprache sprechen und Prüfungen vorbereiteten. Sie bereichern die Heimat, anders als Jihadisten und Salafisten. Dazu die Kanzlerin: Salafismus gehöre nicht zu Deutschland. „Ehrenmorde“, Gewaltexzesse in Familien oder Versuche, durch die Scharia eine Paralleljustiz zu bilden, seien mit der Wertordnung unvereinbar. Die unabhängige Justiz habe dies zu ahnden. Doch am heutigen Montag siegten die Islamisten: mit Terror machten sie die 13. Demonstration der Pegida unmöglich. Der „[Islamstaat](#)“ soll anstreben, deren Organisator Lutz Bachmann zu ermorden.

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu [Bücher](#) Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East: [Yale](#), February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*: [Weist](#), 2013; 15. September 2014, 2. Aufl., [Berlin](#), [bestellbar](#).